Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 116 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Montag, den 23. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die neue Beschäftigtensteuer soll alle Einkommen über 300 Mark monatlich treffen.

* Zu schweren Unruhen infolge eines Beamtenstreiks ist es in Griechenland gekommen.

* Die amerikanische Fliegerin Earhart-Putman ist als erste Frau allein über den Ozean geflogen.

Bahn frei für den Mittelstand!

Wenn heute — übrigens gilt das gleiche auch für gestern und vorgestern— der Fiskus finanziell am Rande seiner mehr oder minder großen Weisheit angekommen ist, dann greift er immer zur Steuererhöhung. Da besagter Fiskus nicht weiß, wie anders er die etwa 3 Milliarden betragenden Kosten der Erwerbslosen-Unterstützung zusammenbringen soll, so zieht er eben die Steuerschraube an. Er will — für die unter dem Druck der Kosten für die Wohlfahrtsfürsorge zusammenbrechenden Gemeinden — die Bürgersteuer über den 1. Juli hinaus „strecken" und außerdem eine neue Zwecksteuer einführen, von der alle „Beschäftigten" betroffen werden. Denn „man" rechnet mit einer jährlichen Erwerbslosendurchschnittszahl von 5,9 Millionen. Das wäre ungefähr ein Drittel der heute als Angestellte und Arbeiter beschäftigten — oder nichtbeschäftigten — erwerbsfähigen Deutschen.

Und wo bleibt die Arbeitsbeschaffung? Seit anderthalb Jahren wird davon und darüber geredet; man hoffte auf sie, — aber auch diese Hoffnung ist dünn und mager geworden. Man schrie und schreit nach ihr, — aber dieser Schrei ist schon fast zu einem Röcheln der Verzweiflung geworden. Die Maschine hat in der Rationalisierung einen sogenannten Sieg über den Menschen errungen, — aber es war schlimmer als ein Pyrrhussieg. Jetzt rosten die Maschinen, werden zu Schrott und altem Eisen. Und die Millionen von Menschen, die sie triumphierend „überflüssig", arbeitslos machten, werden in jahrelangem Nichtmehrarbeitenkönnen auch zu — altem Eisen. Nicht äußerlich vielleicht, aber innerlich. Die furchtbaren Tragödien aus der Jugendzeit des Kapitalismus, die von Gerhart Hauptmann in seinen „Webern" dramatisiert worden sind, wiederholen, vervielfältigen sich zu Millionenschicksalen.

Wer aber in allem Not und Elend der Arbeitslosigkeit sein Menschentum nicht verloren hat, haßt nichts so sehr wie das Wort „Fürsorge". Und jede Arbeitsbeschaffung, die für den dabei Beschäftigten nicht eine erkennbare „Werte-Schaffung" ist, bleibt auch nur eine schlecht verhüllte „Fürsorge". Man kann den Rahmen aber noch sehr viel weiter spannen und feststellen, — doch wir wollen das mit den Worten des Reichskanzlers aus seiner letzten Reichstagsrede sagen: „Aus einer strukturellen Krise, in der sich die Wirtschaft überall in der Welt befindet, kommt man dann am ehesten heraus, wenn man der Energie, Opferfreudigkeit und Entschlußkraft der kleineren, selbständigen Existenzen möglichst die Bahn freimacht." Also: Wenn man dem „Mittelstand" in Industrie, Gewerbe und Handel die Wege ebnet.

In der gleichen Reichstagssitzung hatte der volksparteiliche Redner von einer Zeit der „Konzerndämmerung" gesprochen. Betrachtet man dieses nicht unrichtige Wort von der produktionstechnischen Seite her, so kann man von einer Dämmerung der zusammengeballten Massenerzeugung reden, wo die Maschine ihr stählernes, menschenzertrümmerndes Lied hinausbrüllt. Es ist heiser, ist zum Lallen geworden, zum Stottern und Stammeln. Der „Hochkapitalismus" der Nachkriegszeit ist vielleicht durch nichts besser charakterisiert als dadurch, daß an die Stelle des „Unternehmers", des „Arbeit-Gebers" der — Generaldirektor oder der Aufsichtsratsvorsitzende getreten ist. Nicht überall, aber bei den meisten Großunternehmungen. Sie erlagen jedoch der Krise am ehesten. Ein Gegenbeispiel: Von den Ende 1930 berichtenden 1361 Gewerblichen Genossenschaftsbanken, also den typischen Kreditinstituten des „Mittelstandes", haben im Laufe des Unheiljahres 1931 nur 88 die Zahlungen einstellen müssen. Für diese Mittelstandsbanken hat die Regierung nur 20 Millionen zu Stützungszwecken hergegeben und noch für 42 Millionen Garantien übernommen, — aber bei der Bankensanierung hat das Reich 335 Millionen allein schon verloren!

Sollte nicht eine wirtschaftliche, eine wirkliche „Arbeitsbeschaffung" am besten hier einsetzen, an diesem Wendepunkt der „strukturellen" Weltkrise? Das mittlere und kleine Unternehmertum in Deutschland beschäftigt noch heute 30 bis 40 Prozent der in der Industrie tätigen Arbeiterschaft, ernährt verhältnismäßig mehr Angestellte als die Großindustrie, gibt — dem Menschen, seiner Arbeitskraft, seiner Initiative und seinem Arbeitswillen einen viel breiteren Raum. Rationalisierung durch die Maschine ist heute gar nicht mehr identisch mit Rentabilität, und die vom Rost zerfressenen Maschinen fraßen meist nicht nur den Menschen, sondern fressen jetzt auch noch Kapital und Rente.

Ein Experiment in einer süddeutschen Zigarettenfabrik hat gezeigt, daß die Ersetzung der Maschinen- durch die menschliche Handarbeit — eine Maschine gleich 200 Arbeiterinnen — nicht bloß zur Mehrbeschäftigung Hunderter von Menschen führt, sondern daß bei einem Steuernachlaß von 14 Prozent ein Ausgleich der Kosten und Preise erzielt werden könnte. 90 Prozent aller Bauarbeiter sind ohne Beschäftigung, und die Zahl der Betriebe im Baugewerbe ist demgemäß eingeschrumpft.

Man soll nicht z. B. die Frage der „Hausreparaturen" in den verschiedenen Programmen zur Arbeitsbeschaffung als nebensächliche Angelegenheit behandeln. Sie sind mindestens ebenso wichtig wie Meliorations- oder Siedlungsvorschläge, denn sie treffen einen unmittelbaren, laut in alle Welt hinausschreienden Bedarf.

„Den kleinen, selbständigen Existenzen die Bahn freimachen", — liegt in diesem Satz und Ziel nicht überhaupt das Arbeitsbeschaffungsprogramm?

Die drei neuen Steuern

Bedeutungsvolle Parlamentswoche.

Die Woche verspricht in parlamentarischer Beziehung einen ereignisreichen und bedeutungsvollen Verlauf zu nehmen. Im Vordergrunde des Interesses steht die Tagung des neuen Preußischen Landtages, der am Dienstagnachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt. Es ist anzunehmen, daß mit diesem Tage auch die erste offizielle Fühlungnahme zwischen den Fraktionen in Gang kommen wird, da zunächst eine Einigung über die voraussichtlich am Mittwoch vorzunehmende Präsidentenwahl erfolgen muß. Nach dem Rücktritt der Regierung Braun, der in dieser Woche gleichfalls erfolgen dürfte, werden die nächsten Tage, vielleicht auch Wochen mit langwierigen Verhandlungen über die Person des neuen Ministerpräsidenten ausgefüllt sein, denen wegen der möglichen Rückwirkung auf die Zusammensetzung und die Politik der Reichsregierung ganz besondere Bedeutung zukommt. Die Möglichkeiten einer Einigung beurteilt man auf Grund der in den Fraktionssitzungen zum Ausdruck gekommenen Haltung der Nationalsozialisten und des Zentrums außerordentlich skeptisch. Zunächst wird die Vorfrage zu klären sein, wer im Preußischen Landtag Landtagspräsident werden soll. Hierüber entscheidet, falls keine absolute Mehrheit zustande kommt, die verhältnismäßige Mehrheit in der Stichwahl. Der Fraktionsbeschluß des Zentrums ist dahin aufzufassen, daß eine Klärung der Verhältnisse in Preußen nur im Zuge mit einer entsprechenden Entwicklung im Reich möglich wäre, und hierfür besteht zur Zeit kaum eine Aussicht. Man würde also damit zu rechnen haben, daß die dann zurückgetretene Preußenregierung Braun noch einige Monate als geschäftsführendes Kabinett im Amte bliebe, es sei denn, daß sie durch eine andere Zwischenlösung ähnlicher Art ersetzt würde.

Im Reichstag beginnt am Montag ein längerer Tagungsabschnitt des Haushaltsausschusses, der eine ganze Reihe von Anträgen der Parteien erledigen will. Ob ihm auch schon der neue Reichshaushaltsplan für 1932 in dieser Woche überwiesen werden kann, steht noch dahin. Am Dienstag findet dann eine schon seit langem geplante Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt, vor dem Reichskanzler Dr. Brüning eingehend über alle schwebenden außenpolitischen Fragen berichten will.

*

Was bringt die nächste Notverordnung?

Über den Inhalt der neuen Steuernotverordnung, die in ihren Grundzügen feststeht, werden folgende Einzelheiten berichtet: In erster Linie ist die Erhebung

einer Beschäftigungssteuer

von 1½ Prozent geplant. Die neue Beschäftigungssteuer wird auch von den Beamten erhoben, nicht nur von den übrigen Beschäftigten aller Berufe, die sie neben der Krisensteuer zahlen müssen. Das Reichsfinanzministerium rechnet, daß die neue Beschäftigungssteuer 325 Millionen Mark bringt, davon sollen allein etwa 120 Millionen von den Beamten aufgebracht werden. Wesentlich ist, daß die neue Beschäftigungssteuer nur von Jahreseinkommen über 3600 Mark erhoben werden soll, weil bis zu dieser Grenze die Arbeitslosenversicherung prozentual durchgestaffelt ist, ab 3600 Mark aber nicht mehr steigt.

Die Krisensteuer

stellt insofern eine neue Einnahmequelle dar, als sie ursprünglich nur bis zum Ende dieses Jahres vorgesehen war und nun bis zum Ende des Etatsjahres 1932/33 eingesetzt ist. Das ergibt eine Mehreinnahme von rund 45 Millionen Mark. Schließlich soll

die Bürgersteuer,

die ursprünglich nur bis zum 1. Juni erhoben werden durfte, in diesem Jahre nochmals von den Gemeinden beansprucht werden können. Die nochmalige Erhebung der Bürgersteuer bedeutet angeblich eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark.

Die Finanzhilfe für die Gemeinden,

die das Reich leistete, betrug bisher rund 530 Millionen. Davon waren 230 Millionen Zuschüsse für besonders notleidende Gemeinden und 300 Millionen Ausgleichsmittel für die Erwerbslosenlasten. Jetzt sollen die Gemeinden hierfür 400 Millionen, in Vierteljahresraten von 100 Millionen (bisher 75), erhalten, und die 230 Millionen Mark sollen auf rund 300 Millionen erhöht werden, so daß die Gemeinden jetzt 700 Millionen bekämen. Diesem Mehr von 170 Millionen werden allerdings

neue Belastungen

gegenüberstehen. Diese ergeben sich aus der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung. Der Gesamtbetrag, der für die gesamte Sozialversicherung, von der Arbeitslosenunterstützung bis zur Wohlfahrtsfürsorge bei einer Durchschnittszahl von 5,9 Millionen Arbeitslosen erforderlich ist, beläuft sich auf 3,018 Milliarden Mark. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung bleibt aufrechterhalten. Die Bedürftigkeitsprüfung wird nicht erweitert. Sie bleibt wie bisher bestehen, wenn es sich um Ehefrauen oder Jugendliche bis 21 Jahren handelt. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die bei der Aufstellung ihres Haushalts davon ausgeht, daß die Arbeitslosigkeit vielleicht durchschnittlich etwas höher wird als im Vorjahre, muß, da ihr Haushalt unabhängig vom Reichshaushalt ist, ebenfalls einen Ausgleich suchen. Sie sieht ihn darin, daß die

Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung

von 20 auf 13 Wochen vermindert wird, daß aber andererseits die Sonderstellung der Saisonarbeiter fortfällt. Ferner sollen die Sätze der Arbeitslosenunterstützung etwa denen der Krisenfürsorge angepaßt, also von dem Durchschnittssatz von 56 Mark auf 54 Mark gebracht werden. Eine Verlängerung der Krisenfürsorge soll angeblich nicht in Frage kommen, so daß die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden um volle sieben Wochen früher beginnt.

*

Die neue Notverordnung.

In den Grundzügen fertig.

Amtlich wird mitgeteilt: Die mehrwöchigen, nur durch die beiden Pfingsttage unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über die nunmehr in Aussicht zu nehmenden finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen konnten in allen grundsätzlichen Fragen in voller Übereinstimmung zum Abschluß gebracht werden. Zu den unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Beratungen waren das Reichsbankdirektorium und, soweit erforderlich, die drei Reichskommissare für Preisüberwachung, Bankenaufsicht und die vorstädtische Randsiedlung, sowie der Vorstand der Garantiebank hinzugezogen worden. Die Entschließungen des Reichskabinetts fanden wertvolle Förderung durch nebenhergehende Beratungen mit den berufenen Vertretern der beteiligten Bevölkerungskreise.

Das Gesamtprogramm erstreckt sich im wesentlichen auf die endgültige Fertigstellung und Abdeckung des Reichshaushaltsplanes 1932, die Sicherung der Arbeitslosenfürsorge und andere sozialpolitische Reformmaßnahmen, sowie auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter gleichzeitigem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der Reichshaushaltsplan geht nunmehr dem Reichsrat zu, dessen Beratungen unter Beteiligung der Reichsregierung und der Finanzminister der deutschen Länder demnächst beginnen werden. Einzelheiten können im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden, da zunächst ein Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten über das Gesamtprogramm im Laufe der kommenden Woche stattfinden wird.

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichsrat tritt am Mittwoch zusammen, um das vom Reichstag angenommene Gesetz über die Abfindung und Entlassung weiblicher Beamten endgültig zu verabschieden. Die ursprünglich für die ersten Tage der nächsten Woche zur Vorberatung des neuen Reichshaushalts vorgesehenen Sitzungen der Reichsratsausschüsse mußten zunächst auf Freitag kommender Woche hinausgeschoben werden.

*

In der Sitzung des Anhaltischen Landtages wurden Regierungsrat a. D. Freyberg aus Quedlinburg zum Ministerpräsidenten und Ministerpräsident a. D. Dr. Knorr-Dessau zum Minister gewählt. Freyberg gehört zu den Nationalsozialisten, Dr. Knorr zu den Deutschnationalen.

*

In der japanischen Botschaft in Berlin wurden zwei große Fensterscheiben mit in Papier eingewickelten Steinen eingeworfen. Das Papier war unbeschriftet. Personen wurden nicht verletzt. Das Überfallkommando konnte keinen der Täter mehr ermitteln.

Rücktritt des Preußenkabinetts.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat an den Präsidenten des Landtags ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß die preußischen Staatsminister ihre Ämter zur Verfügung stellten, nachdem die Wahlperiode des alten Landtags am 20. Mai abgelaufen ist.

Das Schreiben, das vom 19. d. M. datiert ist, enthält weder eine Begründung, noch die Mitteilung, daß das Kabinett Braun die Geschäfte weiterführe. Das Kabinett Braun ist damit formell zurückgetreten. Das Schreiben des Ministerpräsidenten wird bei Zusammentritt des Preußischen Landtags von dem Alterspräsidenten verlesen werden.

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen.

Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge infolge der

saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der von den Gemeinden betreuten

Wohlfahrtserwerbslosen im April weiter erhöht.

In Preußen sind 1 464 358 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 414 590 Ende März. Somit ergibt sich auch im April wieder eine Zunahme um 49 768 Wohlfahrtserwerbslose oder 3,5 Prozent, doch ist die Steigerung nur noch annähernd halb so stark gewesen wie in den Vormonaten (März 85 206, Februar 89 079, Januar 105 110).

„Do X" unterwegs nach Europa.

Richtung auf die Azoren.

Das deutsche Flugboot „Do. X" ist mit seiner vierzehnköpfigen Besatzung zum Flug über den Atlantik gestartet. Das Flugboot nahm Richtung auf die Azoren. Für die Kanadapost, die „Do. X" mitgenommen hat, wurde eine Sondermarke von 1½ Dollar ausgegeben; diese Marke erzielte bereits Preise von 10 bis 15 Dollar.

*

Allein über den Ozean.

Die amerikanische Fliegerin Amelia Earhart-Putman ist von Harbour Grace in Neufundland allein nach Paris abgeflogen. Vor dem Start erklärte sie, daß sie beabsichtige, der Route zu folgen, die Lindbergh seinerzeit bei seinem Fluge nach Paris eingeschlagen habe. Amelia Earhart ist die erste Frau, die den Alleinflug über den Ozean gewagt hat.

Eine weitere Meldung besagt, daß die Fliegerin am Sonnabend nachmittag etwa vier Kilometer von Londonderry (Irland) glatt gelandet ist. Sie ist die erste Frau, die allein im Flugzeug den Ozean überquerte.

Do. X nach Spanien gestartet.

Kurs auf Vigo.

Das Flugschiff „Do. X" ist um 23.15 Uhr MEZ. auf den Azoren gelandet.

Das Flugschiff hat, wie jetzt feststeht, die 2300 Kilometer lange Flugstrecke von Neufundland nach den Azoren in der Zeit von 15 Stunden 5 Minuten zurückgelegt. Es hatte durchweg südliche Gegenwinde mit Nebel und Regenstreifen. Die Landung erfolgte auf der Reede von Horta im Stockdunkeln, jedoch ohne Schwierigkeiten. Das Flugschiff übernahm sodann 20 000 Liter Brennstoff.

Nachdem das deutsche Flugschiff „Do. X" mit seiner vierzehnköpfigen Besatzung am Sonnabend um 23.15 Uhr MEZ. nach dreizehnstündigem Flug von Neufundland aus in der Bucht von Horta gewassert hatte, startete es am Sonntag früh um 9.19 Uhr MEZ. wieder von den Azoren in Richtung auf die spanische Küste.

Der Start erfolgte bei einem Gewicht von über 55 Tonnen und machte trotz starker böiger Winde keine Schwierigkeiten. Der Start dauerte 1 Minute 50 Sekunden. Die Motoren liefen ausgezeichnet.

Das Flugzeug „Do. X" befand sich um 11.00 Uhr MEZ. auf 38.30 Grad nördlicher Breite und 24.50 Grad westlicher Länge. Die Fahrtgeschwindigkeit beträgt 90 Seemeilen (176 Kilometer in der Stunde). Das Flugschiff hat Kurs auf Vigo in Spanien.

*

„Do. X" in Vigo glatt gelandet.

Der Ozeanflug beendet.

Nachdem das deutsche Flugschiff „Do. X" mit seiner 14köpfigen Besatzung am Sonnabend um 23.15 Uhr MEZ. nach 15stündigem Flug von Neufundland aus in der Bucht von Horta gewassert hatte, startete es am Sonntag früh um 9.19 Uhr MEZ. wieder von den Azoren in Richtung auf die spanische Küste. Um 20.45 Uhr MEZ. ist es dann in Vigo (Spanien) glatt gelandet .

Anschuldigungen gegen Bürgermeister Walker.

Vor dem städtischen Untersuchungsausschuß in Newyork erklärte ein Rechtsanwalt, daß der Newyorker Bürgermeister Walker von einer Bekleidungsfirma einen Scheck über 10 000 Dollar erhalten habe, nachdem der



Jimmy Walker,
der Newyorker Oberbürgermeister.

Bürgermeister sich für die Erteilung eines Monopols für Belieferung der Verkehrsbeamten mit Uniformen erfolgreich eingeführt habe. Mit dem Erlös dieses Schecks soll Walker seine vor einigen Jahren unternommene Reise nach Europa finanziert haben.

Wirtschaftsdeserteure.

Maßnahmen gegen Abwanderung deutscher Betriebe ins Ausland.

Die Tatsache, daß in der letzten Zeit verschiedentlich inländische Firmen entweder unter Stillegung ihrer Betriebe in Deutschland nach dem Ausland abgewandert sind oder einen Teil ihrer Erzeugung dorthin verlegt haben, hat das Reichswirtschaftsministerium neuerdings zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Da im Zusammenhang mit der Gründung einer Produktionsstätte im Ausland regelmäßig Zahlungsmittel ins Ausland versandt, ausländische Guthaben verwandt, Wertpapiere erworben oder Sacheinlagen eingebracht werden, ist bei der Durchführung solcher Betriebsverlegungen nach den Devisenbestimmungen eine besondere Genehmigung erforderlich. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr angeordnet, daß Anträge auf Erteilung solcher Genehmigungen künftighin ihm selbst zur Entscheidung vorzulegen sind. Ferner werden die Devisenbewirtschaftungsstellen in Fällen, in denen bekanntgeworden ist, daß eine inländische Firma eine Niederlassung im Auslande gegründet hat, alsbald feststellen, ob die Firma aus Anlaß dieser Gründung gegen die Devisenbestimmungen verstoßen hat. Auf diese Weise wird eine schärfere Kontrolle der Abwanderungserscheinungen, die aus allgemein-wirtschaftlichen wie aus handels- und devisenpolitischen Gründen unerwünscht sind, ermöglicht.

Thüringer Landtag.

Vorzeitige Einberufung sicher.

Nachdem die Nationalsozialisten die vorzeitige Einberufung des Thüringer Landtages zur Beratung der Waltershauser Vorfälle gefordert haben, ist nunmehr auch von sozialdemokratischer Seite der gleiche Antrag gestellt worden. Nach der Verfassung muß der Landtag früher einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Abgeordnetenzahl dies verlangt. Da die Sozialdemokraten bereits allein 18 Vertreter im Landtag haben, ist die vorzeitige Einberufung des Landesparlaments sicher.

Der Araberprinz in Berlin.

Emir Feisal beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing den Prinzen Feisal von Hedschas und Nedschd, Vizekönig von Mekka, zur Entgegennahme des an den Reichspräsidenten gerichteten Handschreibens seines Vaters, des Königs Ibn Saud. Der Prinz war von dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Exz. Fuad Hamsa, begleitet. An dem Empfang nahmen der Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, sowie der stellvertretende Leiter der Orientabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Prüfer, teil. Auf dem Vorhofe der Reichskanzlei hatte eine Abteilung der Reichswehr Aufstellung genommen, die dem Prinzen die militärischen Ehrenbezeugungen erwies.

Die Agrarbeschwerde des Deutschtums gegen Warschau.

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Rat.

Der Völkerbundrat behandelte die große Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen gegen die polnische Regierung. Der Rat nahm einen Vorschlag des Berichterstatters, des japanischen Botschafters Nagaoka an, der das Ergebnis außerordentlich schwieriger Verhandlungen ist. Danach wird jetzt zum ersten Male sofort ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der, mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet, die gesamte Enteignungspolitik der polnischen Regierung in Posen und Pommerellen auf Grund des Antrages der deutschen Minderheit und der Reichsregierung untersuchen soll. Der Ausschuß soll der Völkerbundversammlung im September einen Sachverständigenbericht zur Prüfung vorlegen. Die polnische Regierung wird außerdem aufgefordert, diesem Ausschuß alle notwendigen Mitteilungen zu machen.

Internationale Handelskonferenz geplant.

Die Genfer Ratstagung beendet.

Der Völkerbundrat hat auf Grund eines Antrags der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossen, daß die verschiedenen Organisationen des Völkerbundes der Lausanner Reparationskonferenz im Bedarfsfalle zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat schlägt ferner der Vollversammlung des Völkerbundes vor, eine Weltkonferenz zur Prüfung der Probleme des internationalen Handels und der Erzeugung einzuberufen.

Auf dieser Konferenz soll versucht werden, „ein internationales Arbeitsabkommen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit" auszuarbeiten. Die Tagung des Völkerbundrates, die am 9. Mai begonnen hatte, wurde sodann für geschlossen erklärt.

Die Lage in Frankreich.

Die Aussichten der Regierungsneubildung.

An der auf Dienstagnachmittag angesetzten Besprechung des Präsidenten der Republik wird außer Herriot und Tardieu auch noch der Finanzminister Flandin teilnehmen, um den Führer der zukünftigen Kammermehrheit und mutmaßlichen Ministerpräsidenten sowohl über die inneren wie die äußeren finanziellen Fragen ins Bild zu setzen. Tardieu seinerseits wird Herriot einen umfassenden Ueberblick über die auswärtige Lage und ganz besonders über das Tribut- und Abrüstungsproblem geben. Obgleich die Bedingungen Leon Blums für den Eintritt seiner Partei in die Regierung offiziell noch nicht bekannt sind, glaubt man doch jetzt schon das sozialistische Programm in fünf Hauptpunkte zusammenfassen zu können: 1. Sofortige Herabsetzung der Heeresausgaben um 25 v. H.; 2. Schaffung eines allgemeinen Versicherungssystems, das die Arbeitslosenversicherung und Agrarversicherung einschließt; 3. Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Transportwesens, des Versicherungswesens und des Bergbaues; 4. Kontrolle der Banken, Börsen, Aktiengesellschaften usw.; 5. Schaffung von staatlichen Kommissariaten für die Bewirtschaftung (Preisregulierung usw.) des Getreides, des Weines und des Zuckers

Die Kabinettskrise in Japan.

Graf Saito mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt.

Die Kabinettskrise in Tokio hat eine unerwartete Wendung genommen. Nach einer Unterredung mit dem „älteren Staatsmann", Prinz Saijongi, hat Admiral Graf Saito sich zu der Bildung eines nationalen Kabinetts bereiterklärt.

Graf Saito hatte am Sonntag eine Audienz beim Kaiser. In unterrichteten Kreisen spricht man von Graf Uschida als dem künftigen Außenminister und von Takahaschi als Finanzminister. Die Beauftragung Saitos mit der Kabinettsbildung kann als Kompromiß zwischen den Forderungen der Armee und der die Parlamentsmehrheit bildenden Saijukai-Partei angesehen worden. Der Führer der Saijuka-Partei, Suzuki, erklärte am Sonnabend vor den Parteiführern, er werde, falls er mit der Regierungsbildung beauftragt werde, von neuem ein Parteikabinett zusammenstellen. Auf derselben Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, sich aufs schärfste allen verfassungswidrigen Versuchen der Armeekreise zur Machtergreifung zu widersetzen und im Notfalle in gemeinsamem Vorgehen mit der Miseito-Opposition die Verfassung zu schützen.

Ob ein Kabinett Saito die Zustimmung des Parlaments finden wird, ist fraglich. Es wird daher bereits von der Auflösung des Parlaments gesprochen.

Japanische Niederlage bei Tsitsikar.

Von chinesischen Freischärlern geschlagen.

Nach einer Meldung aus Tsitsikar ist es etwa 100 Kilometer östlich von Tsitsikar zu einem Gefecht zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern gekommen, wobei die Japaner geschlagen wurden. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr groß.

„Sie dienen der Sache des Friedens."

Internationale Tagung der Ueberseeflieger in Rom.

Im Caesar-Saal des Kapitols in Rom eröffnete Mussolini am Sonntag die internationale Tagung der Ueberseeflieger, nachdem diese am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz niedergelegt hatten. Von den deutschen Ueberseefliegern sah man Hauptmann Köhl, Wolfgang v. Gronau und Zimmer.

Der Gouverneur von Rom begrüßte die Flieger, deren heldenhafte Taten der Geschichte angehörten. Mussolini erklärte in seiner Ansprache, es bereite ihm eine große Genugtuung, die Tagungsteilnehmer sowohl als Chef der Regierung als auch als Flieger zu begrüßen. Die Tagung, so fuhr er fort, bringe den Geist der Kameradschaft zum Ausdruck, der zwischen den Fliegern herrsche. Mussolini erinnerte an die vielen, die den Tod im Dienst der Ueberseefliegerei gefunden haben und fügte hinzu, daß alle Errungenschaften zu Wasser, in der Luft und auf der Erde die höchsten Opfer erforderten.

Die Ueberseeflieger dienten der Sache des Friedens, indem sie die Entfernung verkürzten und die Güter der Kontinente einander näher brächten. Bald werde ein regelmäßiger Flugdienst zwischen hüben und drüben möglich sein.

Der Engländer Sir Arthur Whitten Brown, der den Ozean vor bald 13 Jahren als erster überflogen hat, sprach im Namen der Flieger. Er entbot dem italienischen Königspaar einen Gruß, dankte Rom für die Aufnahme und Mussolini für seine herzlichen Worte.

Nach dem Eröffnungsakt wurde den Fliegern auf der Piazza-Colonna von der Bevölkerung eine lebhafte Kundgebung dargebracht.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. Mai 1932.

Verfrühter Hochsommer.

Dem Mai geht es in diesem Jahre genau so wie den Menschen: wie er's macht, ist's falsch. Zuerst konnte man ihn gar nicht hart genug schmälen, weil er sich zu kalt anließ, weil nicht sofort alle Blütenträume reiften, und weil man befürchtete, daß die drei Eismänner das Pfingstfest allzu stark beeinflussen könnten. Es ist dann bekanntlich alles anders gekommen als man dachte, aber so anders, wie es gekommen ist, hatte man sich das selbst in den kühnsten Träumen und Erwartungen nicht vorgestellt. Wir sind von heute auf morgen sozusagen in eine Hochsommerhitze hineingeraten, aus der wir nicht mehr herauszufinden scheinen, denn die mailichen Hundstage sollen, wenn die Wetterkundigen recht behalten, noch einige Zeit fortdauern.

Damit müßten wir nun — sollte man meinen — durchaus zufrieden sein, denn wir haben ja nichts inniger ersehnt als einen Frühling, der sich sehen lassen könnte. Aber, wie gesagt, 's ist falsch, denn wir sind durchaus nicht glücklich und zufrieden, mindestens nicht alle unter uns. Von den gewohnheitsmäßigen Nörglern und Miesmachern wollen wir absehen: wenn es kalt ist, möchten sie es aus purer Opposition warm haben, und wenn es warm ist, sehnen sie sich nach Frost. Die also kommen hier nicht in Frage. Aber es gibt daneben die große Zahl derer, welche immer schwarzsehen und immer und überall Unheil wittern. Diese Pessimisten, die an sich gegen den schönen Mai nichts einzuwenden haben, sagen sich und uns: „Das geht nicht gut aus — dem ungewöhnlich heißen Mai folgt ganz sicher ein verregneter Sommer!" Sie berufen sich dabei auf Erfahrungen und Erinnerungen, daß es schon immer so gewesen sei, und daß wir uns auch diesmal auf Augustkälte gefaßt machen sollten.

Man muß da in der Erinnerung ein bißchen zurückgreifen und sich ins Gedächtnis rufen, daß uns von systematisch und methodisch denkenden Wetterpropheten im Winter schon ein guter, warmer, trockener Sommer vorausgesagt worden ist: verschiedene Anzeichen, das Verhalten der Tiere, das Verhalten der Pflanzen, ein geheimnisvoller Turnus von warmen und verregneten Sommern — nach zwei oder drei oder sieben schlechten wieder mal ein anständiger — und mancherlei anderes noch sollten dafür sprechen. Darauf haben wir uns fest verlassen, und darauf hat sich wahrscheinlich auch die Reichsbahn verlassen, als sie den Beschluß faßte, die billigen Sommerreisen erst mit dem 1. Juni beginnen zu lassen. Nun behaupten aber die Schwarzmaler, die, wie erwähnt, auch ihre Erfahrungen und wahrscheinlich auch ihre Turnusse haben, daß es seit Menschengedenken immer so sei, daß auf einen ungewöhnlich heißen Frühling ein regnerischer Sommer folge. So sei das z. B. auch im vorigen Jahre gewesen und in früheren Jahren auch — man brauche nur zurückzudenken.

So also liegen zur Zeit die Dinge, und der harmlose Laie, der nichts von Prophezeiungen versteht und sie resigniert über sich ergehen lassen muß, weiß augenblicklich noch nicht, für welche Ansicht er sich entscheiden soll. Wer klug ist, philosophiert nicht, sondern wartet ab: es muß sich ja in zwei, spätestens drei Monaten zeigen, wie es mit dem Sommer wird. Inzwischen schwitzen wir weiter, solange es dem Mai gefällt: es ist ein Training für die wirklichen Hundstage, die in den Juli und August fallen, und denen wir, wenn sie allen Unglücksprophezeiungen zum Trotz trotzdem kommen sollten, dann um so besser standhalten werden.

—* **Dienst am Fronleichnamstage bei den Postscheckämtern Köln und Essen.** Am Fronleichnamstage, 26. Mai, wird bei den Postscheckämtern Köln und Essen Sonntagsdienst abgehalten. Infolgedessen ruht daselbst der gesamte Buchungsdienst; die Zahlstellen sind geschlossen. Bei dem Postscheckamt Dortmund wird an dem Tage voller Werktagsdienst abgehalten.

—* **Der amtliche Sommer-Fahrplan.** Der grüne amtliche Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion Wuppertal sowie das amtliche Kursbuch Westdeutschland sind erschienen und bei allen Fahrkartenausgaben und im Buchhandel zum Preise von 90 Rpf und 1,30 RM zu haben. Aus ihrem Inhalt ist hervorzuheben, daß eine Reihe von Schnell-, Eil- und Personenzügen beschleunigt worden ist. Hierdurch tritt eine Verkürzung der Reisezeit ein. Auch die Anschlüsse sind zum Teil günstiger geworden und oft durch Zugvermehrung verbessert. Dem Reise- und Sonntagsverkehr während der Sommermonate ist erhöhte Bedeutung beigemessen.

Am Hörer der Zeit.

Politische Zwischenspiele.

Das Rätselraten um Herriot, dem wahrscheinlichen französischen Ministerpräsidenten, gehört zu den beliebtesten Kombinationsspielen unserer Tage. Bei uns hat man ein besonders hellhöriges Ohr für alle Pariser Auslassungen seit den Maiwahlen, die den „Linksruck" in Frankreich gebracht hatten, über dessen Ausmaß jedoch niemand — auch in Paris nicht — Aufschlüsse zu geben vermöchte. Herriot, oder ein anderer seiner Partei, werden den Auftrag zur Kabinettsbildung zweifelsohne bekommen und auch eine Regierung der Sammlung zustande bringen. Die großen außenpolitischen Fragen aber, die Reparationen und Kriegsschulden, die Abrüstung und die „Sicherheit, wie es Paris meint", werden ganz anders in Genf und in Lausanne vertreten werden, wenn diese Koalition mit oder nur bis Leo Blum, also bis zu den Sozialisten, gebildet würde. Die Verhandlungen darüber sind hinter den Kulissen im vollen Gange. Den eingefleischten Optimisten in Deutschland muß man es aber wieder und wieder einmal sagen, ein Ruck nach links, selbst wenn er weit über die Sozialisten hinaus geschehen wäre, hätte auch keine sofortige Erleichterung für Deutschland und für ganz Europa gebracht: Frankreich hat das Glück, daß selbst seine Kommunisten in erster Reihe Franzosen sind. Es ist also nur sehr berechtigt, wenn man in Berlin von der Lausanner Konferenz gar nichts, in London nicht viel erwartet. Auch Herriot ist der klassischen Rechtswahrheit unterworfen: über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet. Das aber gilt auch für Deutschland ...

*

In Lausanne sollen die großen Sorgen aller, der Großen und Kleinen, zur Sprache kommen. Da die Beratungen aber erst Mitte Juni beginnen und voraussichtlich lange dauern werden, müssen die kleinen Staaten „vorbeugen" und sich, wie man in Berlin so schön zu sagen pflegt, gute Beziehungen verschaffen. Die eben abgelaufene Belgrader Konferenz der drei Staaten der Kleinen Entente war ein einziges Werben um Schönwetter bei den Großen, ihren Abnehmerstaaten in Europa. Darüber hat man fast die Einigkeit zu betonen vergessen, die nunmehr seit länger als zehn Jahren der Kehrreim aller amtlichen Mitteilungen über diese Konferenzen zu sein pflegt. Die Tschechoslowakei kämpfte für ihre Ausfuhrindustrie, unter dem schweren Druck auch der heimischen Landwirtschaft, der es ebenso gut oder schlecht geht wie allen anderen Landwirtschaften in der Welt. Südslawien pochte energisch auf sein Versailler „Recht auf Reparationen" und sucht seinen Agrarüberfluß zu verwerten. Rumänien ist von den dreien der Draufgänger: gleichzeitig mit dem Abbruch der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen in Bukarest arbeiten zur Zeit mehrere „Vertreter" Rumäniens in Paris, um mit den voraussichtlich einflußreichen Mitgliedern der künftigen Regierungsmehrheit in Fühlung zu kommen. Es geht um die Sicherung ihres Getreideabsatzes in Frankreich; doch die Sache scheint sich nicht recht entwickeln zu wollen. Man hält den Rumänen in Paris entgegen, daß Frankreich eine eigene und nicht unbedeutende Kraftwagenindustrie habe, die auch Märkte braucht, wie tägliches Brot, und daß das tägliche Weißbrot Frankreichs in Amerika billiger sei; Rumänien brauchte also nur die Bevorzugung der amerikanischen Wagen ein wenig abzustellen ... Bukarest wird geben müssen, wenn es etwas erhalten will von Paris, genau wie früher, als der französische Kabinettschef noch Tardieu war. Die Abschiebung des Tardieu-freundlichen rumänischen Außenministers Prinzen Ghika allein scheint nicht zu genügen, um teueres Brotgetreide in Frankreich absetzen zu können.

*

Nicht nur die Schwachen, auch ein „Starker" reicht in Paris seine Rechnung zur Begleichung ein, so behaupten es Pariser Quellen: Italien soll bereit sein, den Tardieu-Grundsatz über Sicherheiten zu unterstützen, wenn es dagegen gewisse Kolonialmandate erhalte, man weiß sogar — zumindest in Paris — daß Kamerun der Preis für ein italienisches Einlenken wäre. Als Erbe würde Herriot an dieser Kolonialforderung wenig Freude erleben, wenn sie von italienischer Seite überhaupt gestellt worden sein sollte. Die Möglichkeit gewisser Verhandlungen ist immerhin vorhanden, denn zum Tage des italienischen Kriegseintritts — 24. Mai 1915 — rechnet die „Gioventu Fasista", das Blatt der faschistischen Jugendstoßtrupps, das unter der persönlichen Leitung des Sekretärs der Faschistischen Partei erscheint, den ehemaligen Verbündeten im Weltkriege vor, was alles Italien für seinen Eintritt in den Krieg an ihrer Seite versprochen wurde, was später auch Verträge bekräftigt hätten: „Man bot Italien an — heißt es — die Adria und den Orient zu beherrschen, sich in der Adria und in Kleinasien zu Hause zu fühlen und in der Adria, dem Nahen Osten und Kleinasien den Ruhm und den Ruf von Venedig und Genua zu erneuern." Aber diese genaue Aufzählung der Versprechen könnte auch das gerade Gegenteil beweisen: Italien präsentiert keine Rechnung, sondern rechnet mit den leeren, unerfüllten Versprechen Frankreichs ab! Würde man einen Verein oder gar eine Interessenvertretung derjenigen gründen wollen, denen es mehr-minder ähnlich ergangen ist: es ergäbe zumindest einen kleinen Völkerbund ...

*

Auf der Jahresversammlung der Vereinigung englischer Verkäufer prägte der Prinz von Wales das neue Schlagwort „Verkauft britische Waren", das, wie er sagte, die notwendige Ergänzung zu dem unter der Parole „Kauft englische Waren" geführten Propagandafeldzug werden müsse. Die Engländer müßten in das Ausland gehen und die Waren verkaufen, die von anderen Völkern gewünscht würden. Die Welt brauche heute dringend eine Vermehrung des internationalen Handelsvolumens anstatt der allerorts erscheinenden Beschränkungsbestimmungen für den Handel. England müsse zusehen, wie es sich eine Zunahme seiner Verkäufe sichern könne, um die Handelsbilanz günstiger zu gestalten. Der Prinz von Wales empfahl einen einheitlich durchdachten Plan für den Verkauf englischer Waren. Dieser englischen Mode würde man gerne einen durchschlagenden Erfolg wünschen, freilich in deutschem Sinne: „Verkauft deutsche Waren!!"

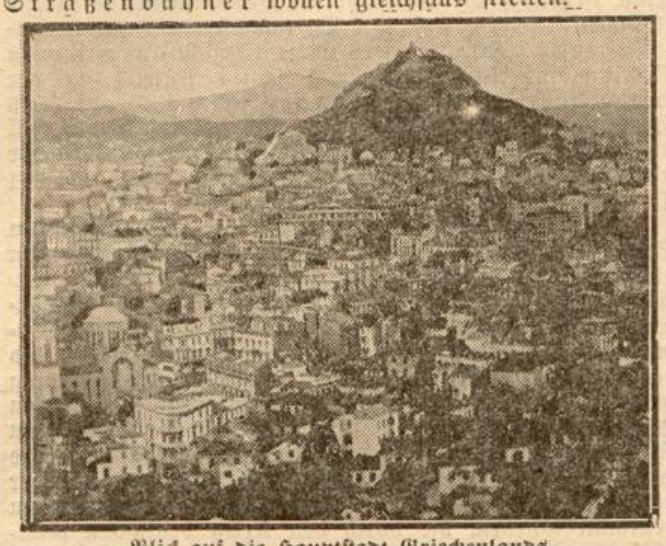
Dr. M.

Schwere Unruhen in Griechenland

Kriegszustand durch Beamtenstreik.

Aufstände und Straßenkämpfe in Griechenland.

Griechenland befindet sich nach hier eingegangenen, allerdings schwer kontrollierbaren Nachrichten in einem Zustand der Erregung, der fast an eine Revolution grenzt. Ein Streik der Postbeamten machte den Anfang. Die Bewegung dehnte sich dann immer weiter aus. Die Zollbeamten, Steuerbeamten und Finanzbeamten beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Arbeitsplätze in den Zollämtern sind leer. Auch die Beamtenstäbe der übrigen Ministerien sind sehr streikfreundlich gestimmt und sammeln Unterstützungen für die Streikenden. Die Arbeiterschaft sowie die Straßenbahner wollen gleichfalls streiken.



Blick auf die Hauptstadt Griechenlands, wo revolutionäre Unruhen ausgebrochen sind.

Venizelos erklärte, daß die Regierung den Beamtenstreik als Revolution ansehe und Griechenland als im Kriegszustande befindlich betrachte. Den Postbeamten droht nach Ablauf der Frist, die ihnen für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt wurde, eine Verfolgung durch das Kriegsgericht wegen Fahnenflucht.

Nach Mitteilungen aus Bulgarien ist der Generalstreik bereits ausgebrochen, und es ist zu

blutigen Straßenkämpfen

in Städten Griechisch-Mazedoniens und Thraziens gekommen, die die Folge von Aufständen bewaffneter Tabakarbeiter sein sollen. Nach Meldungen von der bulgarischen Grenze sollen die griechischen Grenztruppen auf der ganzen Linie verstärkt worden sein, jedoch wird jede Auskunft darüber verweigert. Aus Griechenland in Sofia eingetroffene Verkehrsflugzeuge melden ebenfalls eine große Ausdehnung des Streiks, der sich nicht mehr allein auf die Tabakarbeiter beschränkt.

*

Die Regierungskrise in Griechenland.

Beamtenstreik abgeflaut, Generalstreik erwartet.

Infolge des Rücktritts der griechischen Regierung ist der Streik der Post- und Telegraphenbeamten, die sich gegen die Sparmaßnahmen des nunmehr zurückgetretenen Ministerpräsidenten Venizelos aufgelehnt hatten, abgeflaut. Dagegen ist die Stimmung für einen allgemeinen Streik lebhafter geworden, zumal die Eisenbahner und Bäcker sehr streiklustig geworden sind.

Da eine weitere Ausdehnung des Streiks erwartet wird, wird sowohl in Athen wie auch in der Provinz das Militär in Bereitschaft gehalten. Es sind strengste Befehle ausgegeben worden, jeden nur geringsten Versuch der Ruhestörung im Lande während der Dauer der Regierungskrise sofort zu unterdrücken.

Rund um den Reichstag

Die „Partei der Mitte".

In den nächsten Tagen werden die Besprechungen zwischen den verschiedenen Gruppen der Mitte wieder aufgenommen werden mit dem Ziele, eine engere Vereinigung dieser Parteien herbeizuführen. Es handelt sich nicht nur um die Gruppen, die rechts vom Zentrum und links von den Deutschnationalen sich befinden, sondern auch um die Staatspartei, die ebenfalls an diesen Verhandlungen teilnimmt. Man will noch vor den nächsten Reichstagswahlen eine Zusammenfassung dieser Mittelparteien erreichen, um sie womöglich zu einer einheitlichen Partei zusammenzuschmelzen. Vorläufig gehen aber die Meinungen über das Ziel dieser zu bildenden neuen Partei und ihr Programm noch recht weit auseinander. Eine einigende Plattform ist überhaupt noch nicht gefunden worden. Vorläufig wird nur verhandelt. Inzwischen werden die zuständigen Instanzen der einzelnen in Frage kommenden Parteien zu diesen Anregungen Stellung nehmen. Vermutlich wird vor dem Herbst irgendeine Entscheidung nicht getroffen werden. Es ist auch die Anregung in die Erörterung geworfen worden, die kleineren Parteien zum Anschluß an das Zentrum zu veranlassen, das bereit sein soll, die rechts und links von ihm stehenden Gruppen unter bestimmten Voraussetzungen aufzusaugen. Da die Struktur des Zentrums dadurch immerhin eine erhebliche Änderung erfahren würde, müßten natürlich erst die Zentrumsinstanzen dazu Stellung nehmen.

Aus dem neuen Preußischen Landtag.

Die letzte Sitzung des alten Preußischen Landtages ist vom Präsidenten mit dem Ausdruck der Hoffnung geschlossen worden, daß „alle diejenigen, die in den neuen Landtag nicht zurückkehren, sich stets gern an ihre Tätigkeit in diesem Hause erinnern möchten". Nun, dieser Wunsch muß sich auf eine in solcher Höhe damals nicht erwartete Anzahl von früheren Abgeordneten erstrecken. Von den 423 Mitgliedern, aus denen sich der neue Landtag zusammensetzt, sind nämlich nicht weniger als 236 „Neulinge", und nur 187 von den bisherigen 450 Abgeordneten ist das Wahlglück hold gewesen. Von den 137 Mitgliedern, die die sozialdemokratische Fraktion bei Schluß der Wahlperiode aufzuweisen hatte, kehren nur 81 wieder, denen sich 13 neue Abgeordnete zugesellen. Die neue Fraktion der Deutschnationalen setzt sich aus 31 — früher 71 — Mitgliedern zusammen, von denen 24 schon dem vorigen Landtag angehörten. Von der jetzigen Zentrumsfraktion, die 67 Mitglieder zählt, sind 24 im Parlament neu, während 43, also fast zwei Drittel, ihr bisheriges Mandat behalten. Die Kommunisten hatten in der verflossenen Wahlperiode von den 56 Vertretern, mit denen sie in den Landtag einzogen, infolge mehrfacher Absplitterungen bei Landtagsschluß nur noch 48 Abgeordnete; von diesen kehren 24 jetzt wieder, 33 kommen neu hinzu. Von den 40 Volksparteilern gehören nur noch 7 bisherige Abgeordnete dem neuen Landtag an. Von den 22 staatsparteilichen Abgeordneten sind nur zwei wiedergekehrt, der Christlichsoziale Volksdienst, der mit vier Abgeordneten vertreten war, hat jetzt, mit neuen Männern, zwei Mandate inne, und von den fünf deutsch-hannoverschen Mitgliedern des Landtages hat nur einer sein Mandat zurückerobern können. Überhaupt nicht mehr vertreten sind bekanntlich die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Volksrechtpartei, die Sozialistische Arbeiterpartei sowie einige kleine Splittergruppen. Gemessen an dem Wahlergebnis von 1928 und 1932 sind die Nationalsozialisten die einzige Partei, die überhaupt zugenommen hat; sie verfügten zuletzt über 9 Abgeordnete gegen 162 jetzt, haben also eine in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands noch nicht zu verzeichnende Zunahme um fast 1800 Prozent aufzuweisen. Interessant ist, daß die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Verhältnis stärker zurückging als die Zahl der Abgeordneten überhaupt. Während dem alten Landtag noch 45 Frauen angehörten, sind jetzt nur noch 31 weibliche Abgeordnete vorhanden, von denen fast die Hälfte, nämlich 14, zur sozialdemokratischen Fraktion gehört. Dem Zentrum gehören 8, den Kommunisten 6, den Deutschnationalen zwei Frauen an, und auch unter den 7 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei befindet sich eine Frau. In der nationalsozialistischen Fraktion sind Frauen überhaupt nicht vertreten.

Prinz von Preußen.

Auf dem Landeswahlvorschlag der Nationalsozialistischen Partei ist in den Preußischen Landtag bekanntlich auch Prinz August Wilhelm von Preußen gewählt worden. Es hat der Landtagsverwaltung zunächst einiges Kopfzerbrechen bereitet, wo sie im Namensverzeichnis innerhalb des Abc's diesen neuen Abgeordneten einreihen sollte. Man hat sich entsprechend der Namensfassung bei Einreichung des Vorschlages für die Kandidatur dahin entschieden, ihn unter dem Buchstaben P. als „Prinz von Preußen, August Wilhelm" einzureihen.

Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft.

Geheimer Regierungsrat Dr. Syrup, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sprach auf einer Kundgebung der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen über „Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft". Er wies nach einer Schilderung der ungeheuren Arbeitslosennot, die mit Frauen und Kindern Anfang des Jahres rund ein Fünftel der deutschen Gesamtbevölkerung umfaßt habe, darauf hin, daß die Arbeitsmarktkrise besonders schwer das Baugewerbe betroffen habe. Zur Zeit werde die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien nur etwa 25 Prozent der Arbeitsplätze normaler Bauzeiten ausmachen. Besondere Besorgnis errege die Not der jugendlichen Arbeitslosen; fast jeder sechste Arbeitslose in Deutschland sei ein Jugendlicher unter 21 Jahren. Im letzten Winter habe die Reichsanstalt durch berufliche Bildungsmaßnahmen mit praktischer Werkarbeit helfend eingegriffen und etwa 300 000 jugendliche Arbeitslose hierdurch erfaßt. Große Kreise unserer arbeitslosen Jugend wollten aber nutzbringende, praktische Arbeit schlechthin. Dem wolle der freiwillige Arbeitsdienst Rechnung tragen. Zur Zeit seien etwa 30 000 Jugendliche im Arbeitsdienst tätig. Nicht zu billigen sei die Einbeziehung von Arbeiten in den Kreis des Arbeitsdienstes, die ihrer Natur nach für den freien Arbeitsmarkt bestimmt seien. Bei der Prüfung von Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Entlastung des Arbeitsmarkts stehe das Baugewerbe im Mittelpunkt. Der Vortragende betonte weiter die Notwendigkeit der ländlichen Siedlung, namentlich im Osten, sowie die Notwendigkeit der Instandsetzung von etwa einer Million Althäuser, die Beschäftigungsmöglichkeit für mehrere hunderttausend Bauarbeiter geben würde. Für das Tiefbaugewerbe komme neben den Arbeiten der Reichsbahn und Reichspost vornehmlich der Straßenbau in Betracht. Die Unterlassung der Regulierung hochwassergefährlicher Wasserläufe und des Baues wichtiger Talsperren bedeute die bewußte Inkaufnahme von Hochwasserschäden, die jährlich auf viele Millionen Mark zu veranschlagen seien. Auf dem Gebiete der Meliorationen sei etwa ein Drittel des gesamten Ackerbodens verbesserungsbedürftig. Eine Fülle von volkswirtschaftlich hochbedeutsamen Arbeiten liege also im Baugewerbe vor. Wenn nur ein Teil dieser Arbeiten ausgeführt werde, so würde sich daraus ein starker Antrieb für unsere Volkswirtschaft ergeben. Durch eine Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe werde nunmehr auch eine wesentliche finanzielle Entlastung der Gemeinden erfolgen. Damit dürften die Gemeinden stärker als bisher in der Lage sein, die unerläßlichen Bauarbeiten zu vergeben und wieder als Träger von Notstandsarbeiten hervorzutreten. Endlich hätten die gesetzgebenden Körperschaften in den letzten Tagen die Reichsregierung zur Auflegung einer mit Steuerbefreiung ausgestatteten Prämienanleihe für alle diese Zwecke ermächtigt. So sehr alle diese Maßnahmen zu begrüßen seien, so könne eine wirkliche Hilfe für unseren Arbeitsmarkt mit seinen zur Zeit noch mehr als fünf Millionen Arbeitslosen und für unseren völlig daniederliegenden Baumarkt nur aus einer natürlichen Gesundung unserer Gesamtwirtschaft kommen.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai 1932:

In der ersten Hälfte des Monats Mai verminderte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen um 11 307 oder 4,6%. Sie beträgt nunmehr 237 054. Davon entfallen 96 366 auf die Arbeitslosenversicherung (Abgang 7 203) und 140 688 auf die Krisenfürsorge (Abgang 4104). Auf 1000 Einwohner entfallen 46,0 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 54,5 zur Zeit des winterlichen Höchststandes am 15. Februar d. J. Der Rückgang an Arbeitsuchenden hat sich weit weniger stark vollzogen als der Rückgang an Hauptunterstützungsempfängern. Er beläuft sich nur auf rd. 3900 oder 0,7%, sodaß die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden noch 517 549 beträgt.

blieben vergeblich. Das Schiff wurde durch die Strömung so gedreht, daß es nicht nur den zu Berg fahrenden Motorkahn an der Weiterfahrt hinderte, sondern überhaupt den Schiffsverkehr auf der Weser lahmlegte. Erst mit Hilfe des dem Wasserbauamt gehörenden Dampfers „Hecht" gelang es, den Kahn wieder flott zu machen, so daß die Schiffe ihre Weiterfahrt antreten konnten.

Nah und Fern

○ **Unwetter über Kiel.** Über Kiel und Umgebung tobte ein heftiger Gewittersturm, der mit starkem Platzregen verbunden war. Dreimal schlug der Blitz in den Rathausturm ein, ohne jedoch zu zünden. Der Sturm richtete an Gebäuden und in den Grünanlagen großen Schaden an. Die Gewitterböen brachten auf der Kieler Förde mehrere Segelboote zum Kentern. Ein Bootsinsasse ist ertrunken.

○ **Merkwürdiger Selbstmordversuch eines Schülers.** In Eyendorf bei Winsen an der Luhe hat ein 13jähriger Schüler wegen einer ihm vom Lehrer auferlegten Strafe einen furchtbaren Selbstmordversuch unternommen: er hatte sich ein Stemmeisen auf einem Schleifstein geschärft und es sich dann in die Brust gestoßen. Die Verletzung ist außerordentlich schwer. Der Schüler hatte die Strafe als ungerecht empfunden. Das Merkwürdige ist, daß andere Schüler bei dem Selbstmordversuch mitgewirkt haben, um auf diese Weise gegen den Lehrer zu demonstrieren.

○ **Zehn Familien durch Großfeuer obdachlos geworden.** Die Stadt Woldegk in Mecklenburg wurde von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht, das in der Waschküche eines Töpfers ausgebrochen war. Das Feuer griff mit so großer Geschwindigkeit um sich, daß in kurzer Zeit zwei angrenzende Häuser mit ihren Stallungen in Flammen standen und das ganze Stadtviertel von dem wütenden Element bedroht wurde. Als das Wasser bei den Löscharbeiten zur Neige ging, wurde vom Rat der Stadt der Verbrauch von Leitungswasser untersagt. Durch den Brand sind zehn Familien obdachlos geworden.

⊙ **Originelle Devisenschmugglertricks.** Die tschechischen Zollbehörden sind einigen originellen Devisenschmugglertricks auf die Spur gekommen: ein Kaufmann versuchte unter einem Gipsverband mehrere hunderttausend Kronen über die Grenze zu bringen, eine Dame hatte in zwei verklebten Seiten ihres Passes mehrere tausend untergebracht und ganz raffinierte Devisenschmuggler schmuggelten Banknoten unter den Etiketten von Mineralwasserflaschen.

⊙ **Neuer Ausbruch eines Anden-Vulkans.** Der Anden-Vulkan Descabezado ist erneut zum Ausbruch gekommen. Die hohe Rauchsäule, die aus dem Krater aufsteigt, kann meilenweit gesehen werden. In Malargue ist Aschenregen niedergefallen. Der Descabezado war das Zentrum der großen Vulkanausbrüche, die vor kurzem Südamerika heimgesucht hatten.

Spiel und Sport.

—b **Kierspe-Bhf.** Am vergangenen Samstag abend wurde der Schlußkampf des

Gerätewetturnens zwischen der Lüdenscheider Turngemeinde, dem Turnverein Kierspe 1879 und dem Turnverein „Jahn" Kierspe-Bhf.

im Vereinslokal der L. T. G. Peter Hugo Crummenerl in Lüdenscheid ausgetragen. Die beiden hiesigen Vereine waren per Lastwagen nach Lüdenscheid gefahren. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende Herr Diemer, der besonders die Herren Kampfrichter sowie die auswärtigen Gäste begrüßte. Als Kampfrichter fungierten die Bezirksoberturnwarte E. Seckelmann-Altena, E. Höppel-Hüinghausen und O. Keim, Augustenthal. Der Wertung lag für jeden Preisrichter die Höchstzahl 10 zugrunde. Ein interessanter Kampf wickelte sich vor den Augen der Besucher ab. Die Pausen wurden mit gutgelungenen Gesangvorträgen der Gesangsabteilung ausgefüllt. Auch in Lüdenscheid wurde dem Geräteturnen bei dieser Veranstaltung wiederum die größte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Den Höhepunkt der Darbietungen bildeten wie immer die Uebungen am Reck. Wenn auch einzelne Turner ihre Leistungen gegenüber den früheren Kämpfen verbessert hatten, so waren auch solche festzustellen, die diesesmal nicht so gut in Form waren. Immerhin war festzustellen, daß die eigenen Geräte und die eigenen und gewohnten Räumlichkeiten auch ihren Einfluß auf die Leistungen ausüben. Das Ergebnis der turnerischen Leistungen war folgendes: Lüdenscheider Turngemeinde: Hermann Seibel 80, Erich Schüßler 82½, Heinrich Diehl 88½, Franz Mertens 90, Willy Jacoby 97, R. Hartschwager 96, Karl Frehoff 98, Günther Ehlert 97 Punkte. Gesamtwertung 650 Pkt. (beim ersten Kampf 668, beim 2. 664½ P.) Turnverein Jahn Kierspe-Bhf.: Willy Gräfe 63½, Ewald Schröder 75½, Werner Schafhirt 75½, Adolf Bremicker 84½, Walter Gräfe 84½, Hermann Budde 94, August Heßmert 99½ und Fritz Gräfe 102½ Punkte. Gesamtwertung 616 (beim ersten Kampf 643½, beim 2. Kampf 665½ Punkte.) — Tv. Kierspe 1879: Walter Baukloh 75½, Walter Busch 87½, Walter Körby 89, Werner Schmidt 91½, Ernst Ackermann 91½, Hugo Wülfrath 88½, Gustav Busch 91½ und Willy Baukloh 97 P. (Gesamtwertung 636½ P. (beim 1. Kampf 676 P. beim 2. Kampf 659 Punkte.) Die besten Turner des Tages waren: 1. Fritz Gräfe (Tv. Jahn Kierspe-Bhf.), 102½ P.; 2. August Heßmert (Tv. Jahn) 99½ P.; 3. Karl Frehoff (LTG.) 98 Punkte. An den einzelnen Geräten zeigten sich folgende Turner als die besten: Pferd: Fritz Gräfe (Tv. Jahn) 26 P., Freiübung: Karl Frehoff LTG., 27½, Barren: Willi Jacoby 26 P und Reck: August Heßmert (Jahn) 26½ Punkte.

Das „Emden"-Ehrenmal in Emden.

Die preisgekrönten Entwürfe.

Das Preisgericht des Ehrenmal-Ausschusses für die „Emden" in der Patenstadt des Kreuzers hat nach einem Preisausschreiben, bei dem 34 Entwürfe eingingen, drei Preise, und zwar an Max Klein, August Wilhelm Remme und Wolfgang Bonte, sämtlich aus Emden, verteilt. Der Entwurf des ersten Preisträgers sieht zwei hohe Klingersäulen vor, die ein Kupferring umschließt, als Symbol der Verbundenheit des Kreuzers mit der Patenstadt. Die Basis der Säulen ist in Form eines Schiffbugs gedacht. Als Aufstellungsort wählte Klein die rechte Seite der vom Delft zum Rathausplatz führenden Treppe. Der zweite Preisträger Remme will eine Marathonläufer-Plastik nach einem Matrosen der ersten Emden-Besatzung schaffen, während der dritte Entwurf einen Schiffbug mit dem Stadtwappen von Emden vorsieht. Der Denkmalsausschuß hat sich für die Delfttreppe als Standplatz des Erinnerungsmals ausgesprochen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. Mai.

30 000 Mark für die Unwettergeschädigten im Moselgebiet.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die preußische Staatsregierung für die von der Unwetterkatastrophe im Moselgebiet Geschädigten des Landkreises Koblenz dem Regierungspräsidenten in Koblenz den Betrag von 30 000 Mark zur Linderung der ersten Not zur Verfügung gestellt.

Essen beim Reichskanzler zu Ehren des Emir Feisal.

Berlin. Anläßlich der Anwesenheit des Emir Feisal, Vizekönigs von Mekka, in Berlin, gab der Reichskanzler ein Essen in der Reichskanzlei.

Lohngeldraub mit Revolveranschlag. — Ein Toter, ein Verletzter.

Essen. Ein überaus dreister Lohngeldraub wurde auf der Zeche Gottfried Wilhelm in Rellinghausen bei der Auszahlung der Bergarbeiterlöhne verübt. Zwei Männer traten an den Schalter. Als im gleichen Augenblick zwei Bergleute ihren Lohn abheben wollten, drehte sich einer der Täter um und gab aus einem Revolver Schüsse auf sie ab. Ein Bergmann wurde am Kopf leicht verletzt, während der zweite so schwer verletzt wurde, daß er kurz darauf verstarb. Insgesamt erbeuteten die Räuber etwa 800 Mark. Sie entkamen dann auf einem Motorrad.

Chinesischer Dampfer gesunken. — 23 Tote.

Peking. Nach einer Meldung aus Tisu ist der chinesische Dampfer „Sischin" in Sturm geraten und gesunken. 23 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Erdbeben in Mittelamerika.

Washington. Nach Meldungen aus Mittelamerika hat sich dort ein heftiges Erdbeben ereignet, dessen Mittelpunkt Salvador war und das auch die umliegende Gegend auf weite Strecken heimgesucht hat. Bisher wird die Zahl der Toten in Salvador mit sechs angegeben.

Japanische Niederlage bei Tsitsikar.

Charbin. Nach einer Meldung aus Tsitsikar ist es etwa 100 Kilometer östlich vo nTsitsikar zu einem Gefecht zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern gekommen, wobei die Japaner geschlagen wurden. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr groß.

Rennfahrer Fürst Lobkowicz zu Tode gestürzt.

Im Hauptrennen auf der Avus ereignete sich gleich nach der zweiten Runde ein bedauerlicher Unglücksfall. Der tschechische Herrenfahrer Fürst Lobkowicz wurde kurz vor der Südkurve aus der Bahn herausgetragen und bei dem Sturz verletzt. Er wurde sofort ins Krankenhaus befördert, wo er nach einer Viertelstunde verstarb.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. Mai.

✶ **Börsenbericht.** Die Börse setzte unregelmäßig ein. Die Tendenz war anfangs relativ freundlich. Aus dem Rheinlande waren einige Kaufaufträge erteilt, denen auf der anderen Seite erneut ausländische Abgaben in Spezialitäten gegenüberstanden. Nach den Anfangskursen gaben die Kurse überwiegend nach. Tagesgeld stellte sich auf 5 bis 5¼. Im Verlauf waren nur Montanwerte vorübergehend befestigt.

✶ **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21, engl. Pfund 15,44—15,48, holl. Gulden 170,83—171,17, Danz. 82,77—82,93, franz. Franc 16,60—16,64, schweiz. 82,34—82,50, Belg. 59,04—59,16, Italien 21,65—21,69, schwed. Krone 79,32—79,48, dän. 84,42—84,58, norweg. 77,07—77,23, tschech. 12,46—12,48, österr. Schilling 51,95 bis 52,05, Argentinien 0,99—1,00, Spanien 34.77—34.83.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Große Mengen

Tapeten

eingetroffen zu
außergewöhnlich billigen Preisen.
Alle Artikel zum Anstreichen in bester Qualität.

Drogerie Carl Baukloh,
Kierspe-Bahnhof,
Ruf 572 Meinerzhagen.

Brillantring

bei Müller Kreuzberg **abhandengekommen.**
Gegen Belohnung abzugeben.
Frau Düllmann,
Halver, Hagenerstr. 33

Ordentl. zuverlässiges
Mädchen
in allen Hausarbeiten erfahren, zum 1. Juni in kleinem Haushalt **gesucht.**
Frau Julius Somborn
Lüdenscheid, Grabenstr. 12a.

Suche
per sofort oder 1. Juni eine
2-Zimmer-Wohnung
für alleinstehende Frau.
Gefl. Angebote an
Frau Herm. Köster
Halver erbeten.

Mittwoch früh, den 25. Mai erhalte ich



Schweine.
Aug. Kerspe, Halver,
Tel. 352.

Nachbarschaft Halver.

Morgen beginnt unser Kassierer
Wilh. Becker,
Mühlenstraße mit der
Einholung der Beiträge
für das 1. Halbjahr.
Der Vorstand.

Milcherzeugerverein für das Volmegebiet.

Wir laden unsere Mitglieder zu einer
dringenden Besprechung
ein für
Mittwoch, den 25. Mai, nachm. 3 Uhr,
Hotel Tasche, Brügge.
Der Vorstand:
i. A.: W. Bremicker, Schöneberge.

Suchen Sie Geld?

Sie erhalten von der Dortmunder Spar-Darlehns G. m. b. H. Beträge bis zu 3000 Mk. für alle Zwecke Rückzahlung in geringen Monatsraten. Tilgungszeit 6—8 Jahre. Gegen Vergütung von geringen Unkosten.
Wenden Sie sich umgehend an die DASPAR-Geschäftsstelle Gummersbach Robertstr. 4.
Vertreterbesuch kostenlos
Vertreter überall gesucht



Handlich,
in elegantem Koffer verpackt
Die neue Mercedes Kleinschreibmaschine
mit den Vorzügen der großen Standard-Maschinen
Prospekt 1306 und Vorführungen bereitwilligst.
Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G.
Zella-Mehlis in Thüringen.
Händler gesucht!

Amts-Sparkasse Halver
gegr. 1843
Hauptstelle Halver. Zweigstelle Schalksmühle.

Gebt Eure Gelder über die heimische Sparkasse der heimischen Wirtschaft.

Hat Ihre Wohnung einen neuen Fußboden-Anstrich nötig?

Dann kommt nur **„RAFFINIT"**, die ges. gesch. Fußboden-Lackfarbe in Frage!
„Raffinit" gibt alten abgetretenen Fußböden sofort neues, spiegelglattes Aussehen und trocknet über Nacht glashart auf. In allen Farbtönen erhältlich!
1 Kilo-Dose 1.80 RM.
Alle Sorten Pinsel, sämtliche Artikel zum Anstreichen und für den Hausputz führt in bester Qualität billigst:
Tapetenhaus „Hansa"
Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19/21 am Karlsplatz.
Haltestelle der Ommnibuslinien ‚Mark-Sauerland' u. ‚Wupper-Sieg'.

Grünland!
Zur Aussaat
empfehle:
Rotklee
Schwedenklee
Weißklee
Timothe
Ital. Raygras
Franz. Raygras
Engl. Raygras
Wiesenschwingel
Knaulgras
Deutsch. Weidelgras (Original Lembkes)
Wiesenrispengras
Orig. Prof. Freckmann Ausläufertreibender Rotschwingel (1. Absaat Steinacher)
Wiesenfuchsschwanz
Saatwicken
Saaterbsen
Ackerspörgel
Riesenspörgel
Runkelnsamen.
Fachkundige Samen-Zusammenstellungen für Futterbau-, Weiden- u. Wiesenanlagen.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Amtlicher
Sommer-
Taschenfahrplan
für das Niederrheinisch-Westfälische-Industriegebiet.
Gültig vom 22. Mai - 10. Okt. 1932.
Preis 90 Pfg.
◆
Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

LUHNS Antuka
80% Fett Feinseife
Die Dusche für Alle
Paket mit 2 Stck. Inhalt 30 Pfg.